

Editorial

Die alten Menschen wurden mit hohlen Versprechungen abgespeist

1991 versprach der damalige CVP-Bundesrat Flavio Cotti, die Menschen müssten dank dem neuen Bundesgesetz über die Krankenversicherung künftig keine Angst mehr haben, im Alter nicht versorgt zu sein. Dieses Versprechen der Regierung – abgeben vor einem Vierteljahrhundert – ist bis heute nicht eingelöst worden. Die Schweiz hat bei der Finanzierung der Pflege und der Betreuung alter Menschen ernsthafte Probleme. Und die Menschen haben mehr denn je Angst.

Vor Rechnungen, die sie nicht bezahlen können. Jedes auch noch so bescheidene Altersheim kostet heute so viel, dass sich Senioren

«Das jetzige System krank. Es hinterlässt falsche Gewinner und zu viele Verlierer»

Diese Fehlkonstruktion des Systems führt dazu, dass Angehörige ihre Liebsten bis zum Burn-out zu Hause betreuen. Die psychische Erschöpfung, die Depression, die Kur in einer Burn-out-Klinik, die bei manchen Angehörigen daraus resultiert, bezahlen die Krankenkassen dann aber schon. Was für eine Ironie.

Angst macht den Menschen auch die Vorstellung, in einem Altersheim von gestressten Pflegenden abgefertigt oder als Demenzkranke mit Medikamenten ruhiggestellt zu werden. Die Furcht ist begründet: Viele Institutionen klagen über ungedeckte Pflegekosten. Der Rotstift setzt dann unweigerlich beim Personal an, denn dieses macht 75 Prozent der Kosten aus.

Und mitten in dieser Misere gibt es private Unternehmen, die mit Altersheimen Millionen-gewinne machen. Unter den Topverdienern sind viele, die sich auf psychisch kranke oder demente Bewohner spezialisieren. Einige machen ihr Geld auch mit Betagten, deren Aufenthalt über Ergänzungsleistungen des Staates – also mit Steuergeldern – finanziert wird.

Das alles zeigt: Das System krankt. Es hinterlässt falsche Gewinner und zu viele Verlierer. Die Probleme spitzen sich zu. Die Bevölkerung altert, immer mehr Menschen leiden an Demenz, doch die Politik in Bern hat sich bisher nur sehr träge damit befasst. Es ist eine komplexe Aufgabe, Lösungen zu finden, die alle Bedürfnisse abdecken und bezahlbar sind. Sich endlich ernsthaft an Werk zu machen, schulden die Politikerinnen und Politiker den alten Menschen – und sie handeln auch in ihrem eigenen Interesse: Sie könnten einmal in derselben Lage sein.

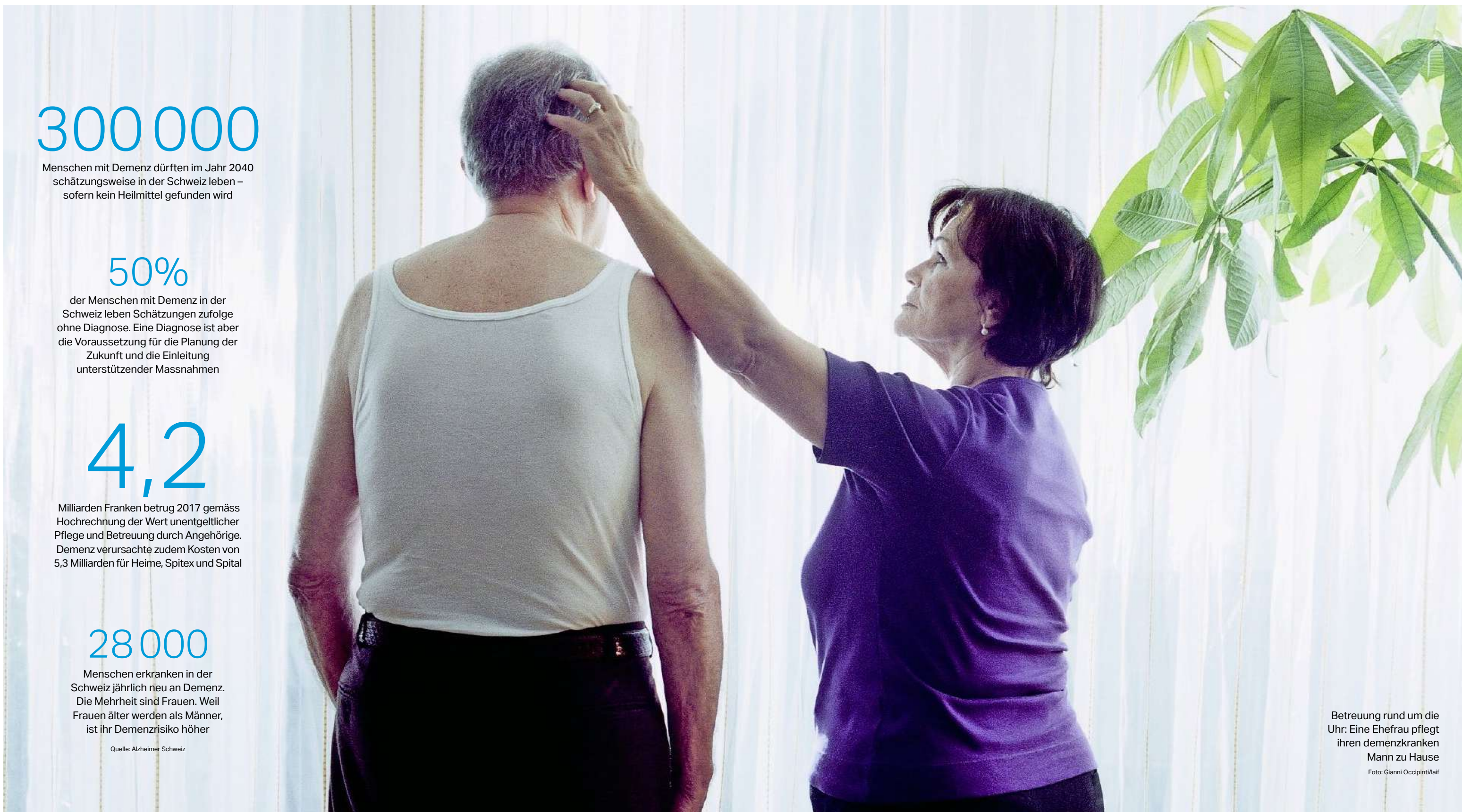


Catherine Boss, Reporterin Recherchedesk

catherine.boss@sonntagszeitung.ch

Rätles — 47
TV-Programm — 54
Impressum — 13
Immobilien Kauf — 37

Immobilien Miete — 37
Kino — 52
Veranstaltungen — 56
Rendez-vous — 56



300 000

Menschen mit Demenz dürften im Jahr 2040 schätzungsweise in der Schweiz leben – sofern kein Heilmittel gefunden wird

50%

der Menschen mit Demenz in der Schweiz leben Schätzungen zufolge ohne Diagnose. Eine Diagnose ist aber die Voraussetzung für die Planung der Zukunft und die Einleitung unterstützender Massnahmen

4,2

Milliarden Franken betrug 2017 gemäss Hochrechnung der Wert unentgeltlicher Pflege und Betreuung durch Angehörige. Demenz verursachte zudem Kosten von 5,3 Milliarden für Heime, Spitex und Spital

28 000

Menschen erkranken in der Schweiz jährlich neu an Demenz. Die Mehrheit sind Frauen. Weil Frauen älter werden als Männer, ist ihr Demenzrisiko höher

Quelle: Alzheimer Schweiz

Betreuung rund um die Uhr: Eine Ehefrau pflegt ihren demenzkranken Mann zu Hause

Foto: Gianni Occipinti/af

Bis die Kraft nicht mehr reicht

Oft pflegen Angehörige ihre demenzkranken Nächsten – auch weil finanzielle Hilfe fehlt. Derweil machen einzelne Heime für Demente ein Millionengeschäft

Catherine Boss, Simone Rau

Bern Um ein Haar hätte Rosa Meiers Schwiegermutter die Wohnung geflutet. Sie drehte einen Wasserhahn auf und nicht mehr zu, so floss das Wasser stundenlang. Nur per Zufall hörte Meier, die im gleichen Haus wohnt, ein Rauschen, da tropfte es bereits in die darunter liegende Wohnung. «Solche Dinge passieren ständig», sagt sie. Sie kontrolliere, ob der Herd abgestellt, das Bügeleisen ausgesteckt sei, und doch sei da immer die Angst, ihre Schwiegermutter einen Moment zu lange allein zu lassen. Die 85-Jährige ist an Demenz erkrankt, sie wird von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. «Ein Heim ist absolut undenkbar für sie. Und im Moment geht es ja noch», sagt Meier.

Auch Fritz Hubers Frau ist demenzkrank, auch er betreut sie zu Hause. «Es macht einen grausam müde», sagt er. Der Alltag: immer gleich. Struktur tut der 72-Jährigen gut, ihn laugt sie aus. Er hat sich das Leben im Alter anders vorgestellt. Schöner, genussvoller, freier. «Stattdessen muss ich immer für zwei denken. Alles selber machen. Manchmal werde ich richtig wütend», erzählt Huber.

Aktuell leben in der Schweiz rund 148 000 Menschen, die an einer Form von Demenz erkrankt sind, wie die Vereinigung Alzheimer Schweiz schätzt. Knapp zwei Drittel werden zu Hause gepflegt. Die Angehörigen, in 70 Prozent der Fälle sind es Frauen, unterstützen ihre Nächsten zum Teil bis zur Erschöpfung und zögern aus Pflicht- und Verantwortungs-

bewusstsein, Entlastung in Anspruch zu nehmen – etwa durch eine private Spitex oder ein Heim.

Sie zögern auch, weil diese Angebote sehr teuer sind und es in vielen Fällen keine finanzielle Hilfe gibt. Krankenkassen decken nämlich nur Leistungen, die als Pflege gelten. Nicht aber solche, die unter dem Begriff Betreuung laufen. Betreuungskosten müssen die Betroffenen selber bezahlen – so will es das Gesetz.

Trotz Diagnose Demenz zahlen die Kassen nicht

Wenn also bei einer betagten Person die Hüfte streikt, bezahlen die Kassen die Pflege. Wenn sie hingegen an Demenz erkrankt, wird die nötige Hilfe nicht finanziert. Denn: Was Demenzkranke brauchen, ist oft nicht Pflege, sondern intensive Betreuung – um sich im Alltag zu orientieren, damit sie überhaupt essen, sich anziehen, die Badewanne nicht überlaufen lassen, den Heimweg finden. Die Situation ist paradox: Demente Menschen erhalten zwar vom Arzt eine Diagnose. Doch die Folgen der Krankheit bezahlen die Kassen nicht – weil sie nicht als Pflege abgerechnet werden können.

Christina Krebs von der Alzheimervereinigung des Kantons Zürich kennt die Nöte der Angehörigen. Es gebe Leute, die könnten sich das Pflegeheim für ihre demenzkranken Angehörigen schlicht nicht leisten, ohne Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen zu beantragen. «Zu Recht heisst es, Demenz sei die Krankheit der Angehörigen. Alle leiden mit – emotional, aber

eben auch finanziell», sagt sie. Und Antonis Purnelis vom Selbsthilfzentrum Zürcher Oberland, das unter anderem Angehörige von Demenzkranken betreut, sagt: «Ich begegne immer wieder Angehörigen, die mit einem Burn-out zusammenbrechen, ihre Nächsten dann notfallmässig in ein Heim geben müssen und selber für Monate in die Kur gehen.» Manchmal verkaufen sie ihr eigenes Haus, um die Betreuung eines Angehörigen zu finanzieren.

Die Betreuung ist für die Betroffenen nicht nur teuer – sie ist auch völlig unreguliert. Während Heime für die Pflege der Betagten jede Minute genau belegen müssen, um von den Kassen bezahlt zu werden, sind sie bei den Tarifen für die Betreuung in vielen Kantonen frei. Für Demente und auch für psychisch Kranke sind die Preise wegen des hohen Betreuungsaufwands besonders hoch.

Ein weiterer Faktor: Bei der Pflege müssen Heime von den Kantonen vorgegebene Personalschlüssel zur Anzahl der Angestellten und deren Qualifikation einhalten. Für das Betreuungspersonal gibt es solche Vorgaben nicht.

Diese Intransparenz ist stossend, weil es um das Geld der Betroffenen geht. Aber auch, weil es Heime gibt, die mit der Betreuung von dementen oder aber psychisch kranken Menschen Gewinne machen. Von den fünf Topverdienern auf der Liste aller Heime in der Schweiz waren 2016 vier Einrichtungen, die sich auf Patienten mit Demenz oder psychisch Kranke spezialisieren. Das zeigen die Samed-Daten vom Bundesamt für

Gesundheit (BAG). Es sind Heime von privaten Investoren oder Stiftungen.

Auf Platz eins liegt die Sonnhalde in Grüningen im Kanton Zürich. Das Heim gehört zur Di-Gallo-Gruppe, einem Unternehmen, das mehr als ein Dutzend Alters- und Pflegeheime führt. Laut den Zahlen des BAG machte die Sonnhalde im Jahr 2016 einen Gewinn von 3,8 Millionen Franken, im Jahr zuvor waren es über 6 Millionen.

Die Betreuung kostet in diesem Heim je nach Demenzgrad oder psychischer Einschränkung zwischen 65 bis weit über 100 Franken pro Tag, das billigste Zimmer 135 Franken. Das macht für Menschen mit schwerer Demenz jährliche Kosten von weit über 100 000 Franken, für die sie selber aufkommen müssen oder aber – über Ergänzungsleistungen – der Staat.

Laut Heimleiter Daniel Bänziger sind die Samed-Zahlen nicht aussagekräftig, die Sonnhalde habe in den Jahren 2015 und 2016 je-

weils nur eine Million Franken Gewinn gemacht. Wesentliche Erfolgsfaktoren seien die Synergien, welche die verschiedenen Di-Gallo-Heime untereinander nutzten, sowie eine hohe Auslastung.

Harsche Kritik an Bundesrat und Gesundheitsdepartement

Nur die Politik könnte den Angehörigen von Demenzkranken die Angst vor den horrenden Kosten nehmen. Doch in Bern bewegt sich wenig. Marcel Durst, Geschäftsführer vom Verband Association Spitex privée Suisse, kritisiert den Bundesrat und das Bundesamt für Gesundheit hart. Das Grundproblem seien nicht die Krankenkassen, sondern die Untätigkeit der Regierung: «Es gibt zwar eine nationale Demenzstrategie, welche die Situation für demente Menschen verbessern sollte, doch darin ist die Finanzierung überhaupt nicht geregelt.» Das sei inakzeptabel, sagt er. Der Bundesrat hat soeben eine generelle Erhöhung der Kostenbetei-

ligung der Krankenkassen für die Versorgung alter Menschen abgelehnt. Der Heimverband Caraviva will es trotzdem mit einem neuen Vorschlag versuchen: «Wir sind weiterhin der Meinung, dass die Beiträge der Krankenversicherer erhöht werden müssen», sagt Direktor Daniel Höchli. Doch sie «sollten zielgerichtet sein, nämlich ganz konkret die Betreuung von dementen Menschen finanzieren, die bisher nicht als krankenkassenpflichtige Leistung abgedeckt ist». Dem Schweizerischen Seniorenrat (SSR) schwebt stattdessen die Einführung dreier Betreuungsstufen vor – analog zur Hilfenotenscheidung. «Mit dieser Lösung würde verhindert, dass die Krankenkassen zusätzlich belastet würden», sagt Lukas Bäumlle, der beim SSR die Arbeitsgruppe Gesundheit präsidiert. «Übernehmen müsste diese Kosten der Bund.»

Auch wenn die Betreuung ihrer Schwiegermutter Rosa Meier viel Energie kostet: Es wäre alles nicht so schlimm, wären da nicht die vielen Vorwürfe, die Beschimpfungen und Schuldzuweisungen. «Den Blumen zu viel Wasser gegeben, die Strickarbeit verlegt, das Portemonnaie verloren: Ich bin für alles der Sünderbock. Das ist schwierig zu ertragen», sagt sie. Auch Fritz Huber spürt von seiner Frau wenig Dankbarkeit. An seinem Geburtstag allerdings schrieb sie ihm eine Karte. Das habe ihn gerührt: «Wir sind immer noch ein Paar. Trotz allem.»

Recherche-Hinweise an: recherchedesk@tamedia.ch

«Die Dementen haben keine Lobby»

Zürchs Ex-Stadträtin Monika Stocker über eine Krankheit, die Angst macht

Viele Angehörige von an Demenz erkrankten Menschen betreuen ihre Liebsten bis zur Erschöpfung. Warum holen sie nicht vorher Hilfe?

Sie haben Angst. Vor allem vor den Kosten für eine Betreuung im Heim. Doch auch die vielfältigen ambulanten Entlastungsdienste kosten. Also betreuen sie ihre demenzkranken Familienmitglieder lieber zu Hause – umso mehr, als es die Gesellschaft von ihnen erwartet. Insbesondere auf den Frauen liegt ein riesiger Druck. Dazu kommt ihr Pflichtgefühl.

Die Krankenkassen und auch die Gemeinden bezahlen die Pflege von Betagten, aber nicht die Betreuung. Die müssen die Betroffenen selber bezahlen. Was halten Sie davon?

2011 hat das Parlament bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes Pflege und Betreuung auseinandergenommen. Ein folgenreicher Fehler. Es gibt keine professionelle Pflege ohne Betreuungsanteil, und es gibt ebenso wenig eine qualitativ hochstehende Betreuung ohne zumindest kleinere pflegerische Dienstleistungen. Diese beiden Dinge sind untrennbar miteinander verknüpft.

Im heutigen Finanzierungssystem wird nicht berücksichtigt, dass demente Menschen kaum Pflege, aber sehr viel Betreuung brauchen.

Wie konnte das übersehen werden? Schuld ist unser gewinnorientiertes Denken. Demente Menschen rentieren nicht, also interessiert sich die Politik nicht für sie. Die Dementen haben, im Gegensatz etwa zu den Bauern oder zur Armee, keine Lobby in Bern. Sie gingen schlicht vergessen. Zum Teil stand auch Absicht dahinter: Je enger man den Pflegebegriff fasst, desto billiger wird es.

Kann es auch daran liegen, dass die Krankheit zum Teil schwer zu fassen ist?

Sicher ist die Krankheit schwieriger zu versichern als beispielsweise ein kaputtes Hüftgelenk. Demenz ist ein Zustand, eine Lebenssituation. Ein neues Hüftgelenk kostet, sagen wir, 30 000 Franken, dazu werden ein paar Physiotherapiestunden gezahlt – und fertig. Bei den Demenzkranken kann es sein, dass es ihnen heute etwas besser geht als gestern. Ihre Situation ist vergleichbar mit der von psychisch Kranken. Demenz ist vielen von uns fremd. Die Krankheit macht Angst. **Heute können Heime selber bestimmen, welcher Bewoher welche Betreuungstaxe bezahlen muss. Es gibt keine definierten Kriterien. Das ist Wildwuchs – zum Nachteil der Dementen.**

Vor allem aber ist es Willkür. Das ist der Spielraum, den die Heime haben, weil das Gesetz entsprechend ausgestaltet ist. Man kann ihnen dies nicht zum Vorwurf machen. Es handelt sich um einen Denkfehler im System, den wir dringend revidieren müssen.



«Ein Denkfehler im System, den wir dringend revidieren müssen»

Es gibt immer mehr Demenzranke, gleichzeitig haben Angehörige wegen steigenden Drucks bei der Arbeit weniger Zeit für sie. Wo führt das hin? Die Söhne von heute arbeiten in Singapur, die Töchter in Amerika, die Vorstellung, dass sie es als selbstverständlich erachten, ihre dementen Eltern zu betreuen, entspringt nicht mehr der Realität. Wir werden vernetzte Systeme in den Gemeinden brauchen, in denen sich Spitexverbände, Freiwillige und – sofern sie da sind – Angehörige gemeinsam um die Betreuung kümmern. Diese muss organisiert und abgesichert sein. Denkbar wären zum Beispiel halb stationäre Einrichtungen, für die es allerdings eine Anschubfinanzierung analog zum Krippenwesen bräuchte.

Die Politik liefert zurzeit keine Lösungen. Was muss geschehen, damit es vorwärtsgeht? Von der Politik erhoffe ich mir wenig. Also ist es die Zivilgesellschaft, die die Demenzkranken in die öffentliche Wahrnehmung bringen muss, mittels Petitionen, Initiativen, Demos oder konkreter Projekte in den Gemeinden. Ich bin sicher, dass sich etwas verändern muss und wird. Auch weil der Staat eine Fürsorgepflicht für seine dementen Mitbürger hat.

Interview: Simone Rau

Monika Stocker ist Präsidentin der Unabhängigen Beschwerdestelle für das Alter

Quelle: Samed-Daten des Bundesamtes für Gesundheit